



# Wirtschaft und Staat

*Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen  
Juni 1982*



# Wirtschaft und Staat

## Wohlstand beruht auf Leistung

*Fritz Halm*

Präsident der Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen

Ansprache anlässlich der Delegiertenversammlung des Arbeitgeber-Zentralverbandes vom 3. Juni 1982 in Zürich

## Ja und Nein zu unserem Staat

*Ständerat Prof. Dr. Hans Letsch*

Gastreferat an der Delegiertenversammlung des Arbeitgeber-Zentralverbandes vom 3. Juni 1982 in Zürich



# Wohlstand beruht auf Leistung

Fritz Halm, Arlesheim

Im vergangenen Jahr, besonders im Herbst, während die Verhandlungen in den einzelnen Firmen über den Teuerungsausgleich für Ende 1981 begannen, haben wir verschiedentlich davor gewarnt, die *Ertragskraft der Wirtschaft* zu überschätzen und die wirtschaftliche Zukunft zu stark zu belasten. Wir wiesen auf die drohenden Wolken einer sich immer klarer abzeichnenden Rezession hin und haben sowohl den Staat als auch die verschiedenen Arbeitnehmer-Organisationen aufgerufen, zum Schutze der Wettbewerbskraft der Unternehmen und damit auch im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze Zurückhaltung zu üben.

Unsere Warnungen und unser Aufruf zur Mässigung wurden zuweilen als Zweckpessimismus bezeichnet, zum Teil mit Drohgebärden bekämpft und schliesslich in den Wind geschlagen. Die Unternehmen haben in Erfüllung früher eingegangener vertraglicher Verpflichtungen, wo solche bestanden, oder unter dem Druck gewerkschaftlicher Forderungen, auch unter dem Eindruck eines noch immer angespannten Arbeitsmarktes und in Ueberschätzung kurzfristiger Teuerungsfaktoren, Lohnerhöhungen zugestanden, die im Jahre 1982 kaum erwirtschaftet werden können und damit *über* ihre Ertragskraft hinausgehen. Ganz eindeutig überschreiten sie den Produktivitätsfortschritt; sie müssen sich deshalb tendenzmässig inflationär auswirken.

Die letzten Monate haben die von uns befürchtete Entwicklung bestätigt. Das erfüllt uns nicht mit Genugtuung; vielmehr überwiegt die *Sorge um die gegenwärtige und die künftige kostenmässige Konkurrenzfähigkeit* mancher Unternehmen und damit auch der künftigen Beschäftigung. Zwar steht der Arbeitsmarkt immer noch im Zeichen der Vollbeschäftigung; die Arbeitslosenquote ist, verglichen mit den uns umgebenden Ländern, noch äusserst gering. Doch sollte die Zunahme der Betriebseinschränkungen und der Kurzarbeit zur Vorsicht mahnen; sie weist auf verbreitete wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Schwachstellen hin.

Zurzeit sehen wir keine binnenwirtschaftliche oder weltwirtschaftliche Anzeichen, die noch im laufenden Jahr eine nachhaltige Verbesserung der Wirtschaft- oder Ertragslage erwarten lassen. Damit sind aber auch *zusätzliche Belastungen der Wirtschaft irgendwelcher Art untragbar*. Eine zunehmende Anzahl von Unternehmen wird in den Verhandlungen über Lohnanpassungen auf Jahresende schlicht und einfach nicht mehr in der Lage sein, Zugeständnisse zu machen. Sie werden nicht darum herumkommen, in verschiedenen Bereichen das Tabu des Teuerungsausgleiches in Frage zu stellen. Dazu kommt, dass mit Sicherheit ein ansehnlicher Teil der heute ausgewiesenen

Teuerung schon seit langem und zum voraus ausgeglichen worden ist.

### «Schwarzpeterpolitik» des Bundes

Während die private Wirtschaft vor schweren Problemen steht, geht in den öffentlichen Verwaltungen die Welle der Realloohnerhöhungen und anderer materieller Verbesserungen zugunsten der öffentlich Bediensteten munter weiter. Der Bund hat mit seinem Beschluss, die Reallohne zu erhöhen, Kantone und Gemeinden angestossen, ähnliche Verbesserungen ins Auge zu fassen. Von den Versprechen, die *Lohnpolitik* von Bund, Kantonen und Gemeinden zu *koordinieren* und auf die volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhänge abzustimmen, hört man nichts mehr. Kaum ist die verlangte Realloohnerhöhung bewilligt, verlangt das hinsichtlich Arbeitsplatzsicherheit und Sozialversicherung ohnehin stark bevorzugte Bundespersonal die Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Rücksicht auf den Schuldenberg der Eidgenossenschaft oder des Defizites der SBB und vor allem auch ohne Rücksicht auf die nicht zu beneidende Lage der Privatwirtschaft. Die «Schwarzpeterpolitik» des Bundes lässt sich mit seiner besonderen wirtschaftlichen Verantwortung als grösster Arbeitgeber unseres Landes nur schwer in Einklang bringen. Der Vergleich mit dem jeweils Besten im Lande führt immer zum Gefühl der Rückständigkeit und damit zu einem Nachholbedarf.

Bezüglich der Nettoarbeitszeit besteht *beim Bundespersonal kein Rückstand* gegenüber der durchschnittlichen Arbeitszeit in der Privatwirtschaft. Das Bundespersonal kennt die Sorge um den Arbeitsplatz nicht und verfügt über Sozialversicherungsleistungen, wie sie die Privatwirtschaft kaum gewähren kann; es bringt auch weniger an Sozialversicherungsbeiträgen auf als vergleichbare Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft, und es hat zudem den gesetzlich zugesicherten halbjährlichen Teuerungsausgleich.

Es ist daher nur gerecht, wenn die Bundesbehörden einen *Gesamtvergleich* anstellen. Bei diesem Gesamtvergleich heben sich die Arbeitsbedingungen des Bundespersonals durchaus vorteilhaft ab. Neben der Signalwirkung, die der Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Bundespersonals zukommt, wirken aber auch die Verteuerungen der bundesstaatlichen Leistungen auf die Privatwirtschaft zurück. Die Privatwirtschaft darf deshalb auch die Verantwortung in Erinnerung rufen, die der Bund und seine Bediensteten für die weltwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit unseres Landes tragen.

### Unzeitgemässe neue Forderungspakete

Manche Konjunkturbeobachter rechnen für das laufende Jahr mit einer Stagnation oder sogar einem realen

Rückgang des Bruttosozialproduktes. Dies allein müsste eigentlich einen Stundenlohn auf dem Marsch der sozialen Verbesserungen, die ja für die Unternehmen Kosten darstellen, rechtfertigen. Trotzdem schnüren die Gewerkschaften *neue Forderungspakete*. Lohn-erhöhungen, zusätzliche für Frauen, stehen auf dem Programm, erhöhte Zulagen für Nacht- und Schichtarbeit, längere Ferien, kürzere Arbeitszeiten, flexible Pensionierungsgrenzen mit einer generellen Herabsetzung des Pensionierungsalters usw.

Erstaunlich an dieser Begehrenliste ist weniger die Konstanz als die Einbahnrichtung. Ungeachtet der derzeitigen Schwierigkeiten unserer exportorientierten Wirtschaft verlangen sie Verbesserungen in der materiellen Situation der Mitarbeiter. Alle diese Verbesserungen bedeuten Kostenerhöhungen für die Unternehmen und damit Verringerung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit. Verringerung der internationalen Konkurrenzfähigkeit bedeutet schliesslich weniger Arbeit und Verlust von Arbeitsplätzen. Dieser *Verlust von Arbeitsplätzen* soll durch Verteilung der geringeren Arbeit auf mehr Hände, durch Verkürzung der Arbeitszeit und frühere Pensionierung kompensiert werden. Diese Rechnung kann nur aufgehen, wenn jeder einzelne auf einen entsprechenden Lohnanteil zugunsten des anderen verzichtet, also durch eine Sozialisierung der Arbeit.

Davon ist aber in den Vorschlägen der Gewerkschaften nichts zu finden. Ohne dies werden aber die Begehren der Gewerkschaften zwangsläufig zu einer vermehrten Arbeitslosigkeit führen. Die Erfahrungen im Ausland haben dies immer und immer wieder bewiesen, und niemand kann sich der Logik dieser Tatsachen entziehen.

Wäre es nicht auch Aufgabe der für unsere Sozialpartnerschaft so gewichtigen Gewerkschaften, *in grösseren wirtschaftspolitischen Zusammenhängen* zu denken und ihre Mitglieder auf diese Zusammenhänge hinzuweisen? Dann könnten wir eine Reihe von Zukunftsaufgaben gemeinsam auch wirklich im Interesse aller Beschäftigten lösen. So wie die Unternehmen während mehreren Jahren ihre Reserven zur Erhaltung der Arbeitsplätze eingesetzt haben, könnten auch einmal die Gewerkschaften im Interesse des Ganzen für eine gewisse Zeit auf Forderungen verzichten, die den Wirtschaftskörper der Schweiz schädigen und damit auch ihren eigenen Mitgliedern nur Nachteile bringen. Die Unternehmen haben vielfach inzwischen die Reserven aufgelöst und sind nicht mehr in der Lage, zur Ueberbrückung eines Konjunkturerinbruches Verluste in Kauf zu nehmen.

### **Strukturelle Schwierigkeiten**

Nun ist aber die heutige Lage nicht nur durch einen Konjunkturerinbruch gekennzeichnet, der sich wieder einmal

zum Besseren wenden wird. Die zyklischen Konjunkturabschwächungen, wie sie sich etwa im Gefolge der Bekämpfung von Ueberhitzungsperioden einstellen, liefern keine genügende Erklärung der *heutigen Schwierigkeiten der Weltwirtschaft*. Die meisten bisherigen Versuche, durch geld- und strukturerehaltungspolitische Massnahmen die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, sind gescheitert. Heute besteht wohl weitgehend Einigkeit darüber, dass die Schwierigkeiten der Wirtschaft nicht nur eine konjunkturelle, sondern auch eine bedeutende *strukturelle Komponente* aufweisen, die einer anderen Therapie bedarf.

Die *Liberalisierung des internationalen Waren- und Zahlungsverkehrs* hat nicht nur eine gewaltige Ausweitung der Märkte für die alten Industrieländer bewirkt, sondern sie hat es auch anderen Ländern ermöglicht, sich zu neuen Industrieländern zu entwickeln. Dies erzwingt eine Veränderung in der *internationalen Arbeitsteilung*. Unser Land muss dafür besorgt sein, dass der Industrie genügend Kampfkraft verbleibt, um diese notwendigen Strukturänderungen ohne zu grosse Erschütterungen durchführen zu können. Ihrer Natur nach können die strukturellen Schwierigkeiten nicht durch den Staat gelöst werden, sondern nur durch die Unternehmer, die bereit sind, die beträchtlichen Risiken auf sich zu nehmen und mitten im Marktgeschehen stehen.

## Die grosse Illusion

Ist die Gewerkschaftspolitik wirklich gefangen in ihrer eigenen Vergangenheit? Treffen nämlich die bei der heutigen Gewerkschaftspolitik zu erwartenden Verschlechterungen der internationalen Konkurrenzfähigkeit, der Wirtschafts- und der Beschäftigungslage ein, dann besteht ja das überkommene Rezept darin, dass die gleichen Gewerkschaften bei der Landesregierung vorstellig werden, um Arbeitsbeschaffungsprogramme, Kündigungsschutz und höhere Sozialbeihilfen zu verlangen. Der Staat ist ja die *grosse Illusion*, dass man mit seiner Hilfe über seine eigenen Mittel leben könne.

Im Vordergrund unserer Wirtschafts- und Konjunkturpolitik muss die *Förderung der Unternehmen* und die *Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit* stehen. Diesem Gebot haben sich alle anderen Wünsche und Postulate unterzuordnen. Wir müssen die Ertragskraft der Unternehmen stärken, damit sie die Unwetter der Strukturveränderungen zu überstehen vermögen; dies ist für Staat und Gesellschaft wichtiger als momentane Realloohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen oder höhere Sozialleistungen; denn die Alternative zu dieser Wahrung und Förderung der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen ist die Arbeitslosigkeit. Die goldenen Zeiten sind in den meisten Branchen und Betrieben vorbei, wo die Unternehmen jährlich mit

höheren Erträgen und die Arbeitnehmer mit höheren Reallöhnen und höheren Sozialleistungen rechnen können. Alle Anzeichen deuten daraufhin, dass noch lange Zeit der grösste Teil des betrieblichen Produktivitätsfortschrittes für die Erhaltung und Festigung der langfristigen Konkurrenzfähigkeit eingesetzt werden muss und damit nicht für andere Zwecke zur Verfügung steht.

### **Schmerzhafter Strukturanpassungsprozess**

Die schweizerische Wirtschaft hat in der Vergangenheit manchen Strukturanpassungsprozess durchgestanden und wird auch noch viele durchstehen müssen. Wie in der Vergangenheit, so ist auch heute dieser Prozess für die betreffenden Betriebe und Branchen *schmerzhaft und kostspielig*. Ohne *ständige Selbsterneuerung* gibt es aber keine Zukunft. Es ist auch müssig, die Schuld an allem Ungemach auf die Wirtschaftspolitik anderer Länder, auf die Wechselkursveränderungen oder auf die hohen Zinssätze zu schieben. Auf die Weltwirtschaftskonjunktur haben wir wenig Einfluss. Aber wir können unser eigenes Haus in Ordnung halten. *Staatliche Strukturerhaltungspolitik*, gleichgültig, ob sie über Subventionen erfolgt, über Protektionismus oder Erschwerung der Kündigung eingegangener Arbeitsverträge, *ist verfehlt*, schiebt sie doch nur die Last der Anpassung weiter

hinaus, bis dann der Damm doch bricht.

Die Strukturveränderungen werden wohl inskünftig grössere Ausmasse annehmen und sich rascher folgen. Der Markt gewährt niemandem «Besitzstandsgarantien» und gewährleistet keine «wohlerworbenen Rechte». Deshalb müssen sich die Wirtschaft und die Betriebe leistungsbezogen verhalten. Von der Leistung hängt der gegenwärtige und der künftige Wohlstand ab, die Beschäftigung und die Soziale Sicherheit. Fällt die *Leistung als marktwirtschaftlicher Regulator* aus, müssten behördliche Planung, Interventionen und staatliche Zwänge das wirtschaftliche Geschehen bestimmen, und die Gesellschaft würde unter dem Vorwand der Gerechtigkeit bald der Willkür und der Staatsabhängigkeit ausgeliefert.

### **Zeche für falschen Teuerungsindex**

Auffallend wenig ist von den Behörden über die letztlich dann doch eingestandenen *Verzerrungen des Landesindex der Konsumentenpreise* zu hören. Man geht offenbar einfach über die Tatsache hinweg, dass im laufenden Jahr 1982 in der Schweiz über 2 Milliarden Franken unter dem Titel «Teuerungszulage» ausbezahlt werden, für eine Teuerung, die in Tat und Wahrheit gar nie stattgefunden hat. Dies beinhaltet ein *Inflationpotential*, das von der Geldmengenpolitik unserer Nationalbank nur schwer und dann nur unter beträchtli-

chen Auswirkungen z. B. auf die Zinsen korrigiert werden kann. Die *Rückwirkungen auf die Konjunktur* sind unausweichlich. Ziehen wir noch in Betracht, dass z. B. in Deutschland, unserem wichtigsten Abnehmerland und vor allem auch Konkurrenten, die Teuerung *nicht* voll ausgeglichen wurde, dann werden einige unserer schweizerischen Schwierigkeiten schon erklärlich und verständlich. Seit 1977 wird der Lebenskostenindex der Konsumentenpreise nach einer Methode berechnet, die bei bestimmten Konstellationen zwangsläufig zu einer *überhöhten Teuerungsanzeige* führt.

Oft bezeichnet man den Landesindex der Konsumentenpreise auch als «*Verständigungsindex*», weil er nach eingehenden Konsultationen der Sozialpartner zustande gekommen ist. Wir haben unsererseits diesen Konsens zum heutigen Index offiziell zurückziehen müssen, weil wir nicht einmal stillschweigend einen falschen Index annehmen können. Wenn wir uns im Lande darüber einig sind, dass die Inflation und die daraus folgenden Beschäftigungsschwierigkeiten zu bekämpfen seien, so mussten wir dies im Interesse des Landes tun. Amtliche Kontrollberechnungen, die den Zeitraum vom Oktober 1979 bis November 1981, also 25 Monate, umfassten, zeigten, dass allein in dieser Zeit eine Teuerungsanzeige gemeldet wurde, die um 1,4 % bis 1,9 % zu hoch war, je nach angewandter Kontrollme-

thode. Leider hat das unsere Behörde nicht veranlasst, den Index in seiner Gesamtheit rückwirkend zu berechnen und korrigieren zu lassen. Zieht man in Betracht, dass auch zwischen September 1977 und Oktober 1979 sowie nach dem November 1981 Verzerrungen eingetreten sind, dann muss davon ausgegangen werden, dass der Landesindex der Konsumentenpreise Ende 1982 um mindestens 2 %, wahrscheinlich aber eher um 2,5 % höher ausgewiesen wird, als die tatsächliche Teuerung ausmacht.

Ein solcher Fehler darf nicht einfach totgeschwiegen werden. Die Wirtschaft ist denn auch nicht in der Lage, die *Zehne für diesen Fehler* zu bezahlen. Sie wird in irgendwelcher Form den zu viel ausbezahlten Teuerungsausgleich in Anrechnung bringen müssen. Es muss anerkannt werden, dass der Bundesrat, wenn auch spät, auf Januar 1983 eine neue und hoffentlich richtigere Berechnungsmethode des Indexes angeordnet hat. Darüber hinaus sollte aber das volle Ausmass der Indexverzerrungen bekanntgegeben werden, und zwar vor Beginn der Diskussionen über den Teuerungsausgleich per Ende 1982. Diese Zahlen sollten somit spätestens anfangs September verfügbar sein. Wir erwarten ferner, dass beim Uebergang vom alten zum neuen Index das volle Ausmass der Verzerrungen berücksichtigt wird.

Die festgestellten Verzerrungen sollten auch die Erkenntnis gefördert haben, dass Klauseln über automatische

Anpassungen, gebunden an einen Index, wirtschaftlich schwer zu verantworten sind. Der Index der Konsumentenpreise kann keinen exakten und alleinigen Massstab für parallele Lohnanpassungen abgeben; er ist lediglich *eine* von verschiedenen Verhandlungs- und Entscheidungsgrundlagen. Massgebend für Lohnanpassungen ist nicht die Entwicklung des Konsumentenpreisindex; massgebend kann allein die wirtschaftliche Tragbarkeit sein. Dies gilt ebenfalls für alle anderen sogenannten Indexbindungen. Wir lehnen den hieszulande oft gepflegten *Indexfetischismus* ab; er führt in eine Sackgasse.

### **Ausbau der Sozialen Sicherheit**

Zurzeit stehen Revision und Ausbau wichtiger Sparten der Sozialen Sicherheit vor dem Abschluss. Das neue *Unfallversicherungsgesetz* wird auf den 1. Januar 1984 in Kraft treten. Zur gleichen Zeit soll auch das neue *Arbeitslosenversicherungsgesetz* rechtskräftig werden. Mit beiden Gesetzen werden den Betrieben höhere Sozialversicherungsbeiträge auferlegt. Die schon auf Jahresende vorgesehene Erhöhung des versicherten Verdienstes der Unfall- und der Arbeitslosenversicherung von 46 800 Franken auf gegen 70 000 Franken wird weitere Belastungen verursachen.

Auch das Obligatorium der *betrieblichen Personalvorsorge* wird sich in manchen Betrieben und Sparten fühlbar

auswirken und zu einer massiven Erhöhung der Sozialkosten führen. Vorhandene Widerstände gegen dieses Gesetz gründen sich aber weniger auf der zusätzlichen Kostenbelastung als vielmehr auf der nicht unberechtigten Befürchtung, das neue Gesetz werde den in vielen Betrieben freiwillig, gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschaffenen Pensionskassen unnötige und ihre Entwicklung behindernde Fesseln anlegen. Der Zentralverband unterstützt die Grundprinzipien des vorliegenden Bundesgesetzes über die Zweite Säule. Die in Aussicht gestellten Regelungen sind im grossen und ganzen annehmbar, vorausgesetzt, dass die auf diesem Gesetz basierenden Verordnungen, Richtlinien und Weisungen angemessen auf die bestehenden Vorsorgeeinrichtungen Rücksicht nehmen, dass sie «miliztauglich» sind und auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes abgestimmt werden.

Die Gesetzgebung über die Unfallversicherung, die Arbeitslosenversicherung und die betriebliche Vorsorge zeigt die Komplexität des Sozialversicherungsbereiches, und man muss sich fragen, ob wir damit nicht an die *Grenzen der Rechtsetzungsfähigkeit* gelangen. Diese Gesetze sind zumeist nur noch für den Spezialisten verständlich; die Verordnungen und die Weisungen übertreffen die Gesetze an Umfang, Kompliziertheit und Unleserlichkeit zumeist um ein Mehrfaches. Wir appellie-

ren eindringlich an alle Rechtsetzungsstufen, für ein einfacheres, verständlicheres und transparenteres Recht zu sorgen und mitunter das kaum zu Regelnde der freien Entwicklung und Praxis zu überlassen, auf die Gefahr hin, dass sich diese Praxis dann flexibler und vielleicht nicht ganz systemkonform entwickeln könnte.

Es muss ganz besonders darauf geachtet werden, dass den Betrieben genügend Zeit für die Verarbeitung neuer Rechtsnormen eingeräumt wird. Die Uebertragung in den betrieblichen Alltag benötigt nicht nur organisatorische Anpassungen, sondern auch weitreichende Information der Mitarbeiter und umfangreiche Detailregelungen. Diese sollten nicht überstürzt und unter derartigem Zeitdruck vorgenommen werden müssen, dass die Sozialversicherung in eigentlichem Sinne zur Sozialverunsicherung beiträgt.

Mit den genannten Gesetzen dürfte nun wohl die derzeit obere Grenze der Sozialbelastung erreicht sein. Weitere Auflagen könnten zu entsprechenden Reaktionen der Wirtschaft führen. Dies gilt es bei der 10. AHV-Revision und der bevorstehenden Revision des Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetzes zu beachten. Wir haben das gesetzliche Obligatorium der Krankengeldversicherung abgelehnt und bekämpfen jede Revision dieses Gesetzes, die den Betrieben neue und zusätzliche Belastungen auferlegt.

## Leistungskraft nicht untergraben!

Obwohl alle Sozialversicherungsgesetze derzeit revidiert worden sind oder sich in Revision befinden — wobei bekanntlich jede Revision zu einer Erhöhung der Sozialleistungen führt — macht noch immer das Schlagwort von der «sozialen Demontage» die Runde. *Nicht jene betreiben wahrhaft Demontage, welche die Realitäten und die wirtschaftliche Vernunft in Erinnerung rufen, sondern jene, die durch ihre Forderungen die Konkurrenzfähigkeit und die Leistungskraft der Wirtschaft untergraben.*

Vielleicht werden diese Ausführungen als hart und pessimistisch empfunden; sie sind es aber nicht. Es geht vielmehr darum, ein *realistisches Bild* der gegenwärtigen Lage zu zeichnen, und jene, die nur das sehen, was sie sehen wollen, aus ihren Illusionen aufzuwecken. *Die realistische Analyse der Gegenwart darf indessen nicht zur Resignation führen. Sie will vielmehr die Kräfte sammeln und anspornen, die bestehenden Schwierigkeiten zu meistern. Das ist durchaus möglich, wenn Staat und Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Produzenten und Konsumenten sich bewusst sind, dass unser Wohlstand auf Leistung beruht und diese Leistungen nur im Rahmen einer freien Gesellschaft und einer marktwirtschaftlichen Grundordnung erarbeitet werden können.*

# Ja und Nein zu unserem Staat

Ständerat Prof. Dr. Hans Letsch, Aarau

In einem seiner Aufsätze hat der vor einigen Jahren verstorbene ETH-Professor *Karl Schmid* folgendes geschrieben:

«Wir kommen in den Parteien und Parlamenten doch wohl zu oft und zu selbstverständlich einander entgegen, ohne mehr zu spüren, wann dieses Dem-andern-Entgegenkommen nur durch Entfernung von den eigenen Grundsätzen möglich wird. Hinter dieser Harmonie der «mittleren Lösungen», hinter all dieser konfliktvermeidenden Klugheit hört man das alte Regierungswort «Wir wollen» selten mehr.»

Mit dieser Kritik wollte Karl Schmid nicht die Konkordanz als solche in Frage stellen, wohl aber einen «Überschuss an Konkordanz»; deshalb seine Verdeutlichung:

«Wir wollen durchaus nicht mit dem Feuer «Polarisierung der Gegensätze» spielen. Wir wissen alle, dass es Demokratie ohne Kompromiss nicht gibt. *Aber es muss ein Kompromiss zwischen Positionen sein, nicht der Kompromiss als Position.*»

Wenn ich einige Leitideen skizziere und aufgrund von Beispielen ein möglichst klares Ja und ein ebenso klares Nein gegenüber unserem Staat bzw. gegenüber politischen Tendenzen formuliere, so spreche ich weder als Repräsentant noch im Namen einer Partei oder eines Verbandes. Ich spreche als *Bürger und Parlamentarier*, der sich an bestimmten Grundsätzen orientiert und gestützt darauf versucht, auf aktuelle Fragen eine Antwort zu finden. Es ist eine persönliche Position, eine Position, die andere Überzeugungen, soweit diese ehrlich und fun-

diert sind, ebenso achtet, und zudem Kompromisse, die im Rahmen und im Laufe unseres demokratischen Willensbildungsprozesses reifen, nicht ausschliessen will.

Um die Leitideen zu verstehen, werden in einem ersten Teil die wichtigsten *Merkmale* unserer Staats- und Wirtschaftsordnung skizziert. Im zweiten Teil steht dann das *Spannungsfeld zwischen Staat und Wirtschaft* zur Diskussion. Abschliessend soll im dritten Teil nach *Chancen* zur Bewältigung der wirtschaftlichen und politischen Zukunftsprobleme gefragt werden.

## Merkmale unserer Staats- und Wirtschaftsordnung

Ohne auf wissenschaftliche Genauigkeit Anspruch zu erheben, soll unsere Eidgenossenschaft als *freiheitlich-demokratischer Bundesstaat* charakterisiert werden. Dieser Staatsordnung entspricht eine Wirtschaftsordnung, die heute als *«Soziale Marktwirtschaft»* gelten darf. Ihr geistiger Vater, *Prof. Müller-Armack*, hat deren wichtigste Merkmale wie folgt umschrieben:

«Die soziale Marktwirtschaft basiert auf der Funktion eines beweglichen und sich dynamisch entwickelnden Marktes. .... Sie ist angetreten mit dem Anspruch, durch den marktwirtschaftlichen Prozess nicht nur die Gütererzeugung anzuheben, den Bereich persönlicher freier Gestaltungsmöglichkeiten für den Einzelnen zu erweitern, sondern auch soziale Fortschritte zu bringen. .... Die Soziale

Marktwirtschaft fordert keinen schwachen Staat, sondern sieht in einem starken, demokratischen Staat die Voraussetzung für das Funktionieren dieser Ordnung.»

Von der sozialen Marktwirtschaft wurde in der Nachkriegszeit imposantes geleistet, und wir übertreiben wohl nicht, wenn wir feststellen, dass der schweizerischen Wirtschaft dieser *Leistungsnachweis* in besonderem Masse gelungen ist. Fünf Stichworte möchten diese Behauptung belegen:

- Das *reale Bruttosozialprodukt pro Einwohner* – ein zwar nicht unbestrittener, aber tauglicher Masstab für die Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft – hat sich massiv erhöht; es zählt weltweit zu den höchsten.
- Die *Reallöhne der Arbeitnehmer* haben sich kontinuierlich verbessert und sich allein seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr als verdoppelt. Parallel dazu wurden die *Arbeitszeiten verkürzt* und die *Ferien verlängert*. Zahlreiche sogenannte *Wohlstandsindikatoren* bestätigen den Fortschritt sowie den hohen und breit gestreuten Lebensstandard (z. B. Anzahl der Telefonanschlüsse, der Radio- und Fernsehapparate, der Personenwagen, der Ärzte, der Maturitätszeugnisse je pro 1000 Einwohner).
- Staat und Nationalbank haben die Voraussetzungen für eine weitgehend *harmonische Wirtschaftsentwicklung* erleichtert, beispielsweise durch die Be-

reitstellung der erforderlichen Infrastruktur, eine vernünftige Geldmengenzpolitik u. a.

- Die *Rezession Mitte der 70er Jahre* wurde dank der verständnisvollen Haltung der Sozialpartner (zurückhaltende Forderungen der Gewerkschaften, Einsatz von Reserven der Unternehmungen) *rascher und schmerzloser bewältigt* als andernorts.
- Ein immer dichteres *Netz sozialer Sicherheit*, das Wirtschaft und Staat gemeinsam geknüpft haben, rundet das Bild ab.

Diese positive Bilanz rechtfertigt denn auch ein grundsätzliches und überzeugtes *Ja zu unserer Staats- und Wirtschaftsordnung*. Das darf weder Satttheit noch Selbstzufriedenheit, weder Erstarrung noch Blindheit gegenüber Schwachstellen und Entwicklungstendenzen auslösen. Zahlreich sind die *Probleme, die uns herausfordern*. Einige Stichworte sollen andeuten, um was es geht: Umweltschäden, Missbräuche bzw. übermässige Beschränkungen der Freiheit, Machtkonzentrationen verschiedenster Art («Marktwirtschaft = Machtwirtschaft?»), Arbeitslosigkeit, Inflation. Angesichts solcher und anderer Herausforderungen liegt die Versuchung nahe, entweder in einer grundlegenden Systemänderung oder im «beharrlichen Marsch durch die Institutionen», wie der Parteipräsident der SPS, *Nationalrat H. Hubacher*, die Politik der kleinen Schritte genannt hat, den

Staat weiter zu stärken, die Wirtschaft entsprechend zu schwächen. Was ist von solchen Rezepten zu halten?

## Spannungsfeld zwischen Staat und Wirtschaft

### Systemkritik

Eine erste Herausforderung stellt die Systemkritik dar, der sich einzelne Chefideologen der SPS und der Gewerkschaften verschrieben haben. Am klarsten hat wohl Nationalrat Hubacher das Ziel formuliert: «Dieses Rechtsbürgertum muss wissen, dass wir mit ihm weder einen Burgfrieden abgeschlossen haben, noch abschliessen werden, sondern dass wir mit allen aufgeschlossenen Kräften weiter an der Umgestaltung dieses Staates arbeiten wollen, solange, bis die Schweiz nicht mehr zu den kapitalistischsten aller kapitalistischen Länder gehören wird.» Auch der Programmdirektor von Radio DRS, *Andreas Blum*, rief im «*Bund*» vom 3. April 1982 zur «Überwindung des bürgerlich-kapitalistischen Systems» auf. Forscher Töne bedienen sich in letzter Zeit auch einzelne Gewerkschaftsfunktionäre. «Gewerkschaftliche Ziele müssen neue Dimensionen erhalten. Grundsätzliche Forderungen nach Veränderung des Gesellschaftssystems sind notwendig» («*Gewerkschaftskorrespondenz*» Nr. 34/1978). «Selbstverwaltung, das ist ganz klar, bedeutet ein anderes Wirtschaftssystem» (Nationalrat

*Richard Müller* gemäss «*ddp*» vom 6. Oktober 1979).

*Solchen und ähnlichen Forderungen, Trugbildern, die sich bisher nirgends bewährt haben, ist ein klares Nein entgegenzuhalten. Kein Staat, der sich der angepriesenen Rezepte bedient, hat bisher den Nachweis erbracht, dass dort Menschenwürde, Entfaltungsmöglichkeiten, materieller Wohlstand, soziale Sicherheit und Stabilität besser gewährleistet seien als im Rahmen unserer freiheitlichen Staats- und Wirtschaftsordnung. Ebenso sind beispielsweise «der Raubbau am Rohstoff Natur, die Verschmutzung der Gewässer und der Luft auch in sozialistischen Ländern derart fortgeschritten, dass es unmöglich ist, in der Abschaffung der Marktwirtschaft bereits die Lösung des Problems zu sehen» (*Prof. Binswanger*). Glücklicherweise vermögen denn auch ideologische Höhenflüge den Bürger bisher kaum zu erschüttern.*

Gefährlicher ist indessen die *Politik der kleinen Schritte*, mit denen Eckpfeiler unserer freiheitlichen Staats- und Wirtschaftsordnung langsam und unmerklich unterspült werden. Einige *Beispiele* verdeutlichen diese Tendenzen.

### Sozialpartnerschaft, freiwillige Solidarität

Ein wichtiger Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft ist die *Sozialpartnerschaft und die freiwillige Solidarität*. Sie spiegeln sich im hohen Stellenwert der

Gesamtarbeitsverträge, im hohen Stand der beruflichen Aus- und Weiterbildung, in der sozialen Vorsorge, vor allem aber darin, dass sich der Patron und seine Mitarbeiter gegenseitig zu verstehen suchen. *Die Sozialpartnerschaft hat bisher eine vielleicht etwas langsamere, dafür aber kontinuierliche und umso beständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse als andernorts gebracht und gleichzeitig ausreichende Gewinne und Reserven mit ihrer stabilisierenden Wirkung auf Beschäftigung und Strukturwandel ermöglicht.*

Beides ist indessen heute bedroht. Je mehr der Staat als Arbeitgeber vordringt, sei es mit allzu starren Indexbindungen, mit überstürzten Arbeitszeitverkürzungen und anderen sogenannten Fortschritten, umso mehr setzt er die Sozialpartner unter Vollzugszwang. Er erschwert jene massgeschneiderten Lösungen, die bisher unsere Wirtschaft so widerstandsfähig gemacht und den sozialen Frieden gewährleistet haben. Je mehr zudem der Staat Vorschriften verschiedenster Art erlässt sowie Fiskal- und Soziallasten laufend erhöht, umso mehr beengt und überfordert er kleine, mittlere und grosse Unternehmungen gleichermassen. Wohl verspricht er mit zahlreichen Gesetzesparagrafen gleichzeitig Schutz und Sicherheiten dieser und jener Art. Faktisch bauen solche Erwartungen jedoch dann auf Sand, wenn das Fundament, nämlich der *Ertrag der Wirtschaft*, schmilzt. So weckt der

Staat mit seinen Versprechungen leicht Illusionen, die er nicht erfüllen kann, und auf die wir mit einem klaren Nein antworten müssen.

Zur freiwilligen Solidarität gehört ferner das *Verständnis der Konsumenten für angemessene Preise*. Tiefstpreise sollten nicht zum Dogma erhoben und durch staatliche Preisüberwachungs- oder Kartellämter garantiert werden wollen. Markt und Wettbewerb sind entscheidend. Sie spielen in unserem Land gut, nicht zuletzt dank der liberalen Einfuhrpolitik, aber auch als Folge der unerbittlichen Selektion in praktisch allen Branchen unserer Wirtschaft. Missbräuche lassen sich aufgrund der geltenden Rechtsordnung wirkungsvoll bekämpfen. Warum also will man mit einem – wie es heisst – griffigeren *Kartellgesetz*

- den ohnehin teils ruinösen Preiskampf noch verschärfen;
- Selbsthilfemassnahmen von Unternehmen erschweren, dadurch den Konzentrationsprozess in unserer Wirtschaft beschleunigen und Arbeitsplätze gefährden;
- durch staatliche Instanzen bestimmen lassen, welcher Preis angemessen ist;
- einer Bürokratie Vorschub leisten, die in andern Ländern ganze Branchen dem Ruin nahegebracht hat und jetzt aufgrund schmerzlicher Erfahrungen zurückbuchstabiert?

Solche Tendenzen erfordern wiederum ein Nein.

## Verantwortung und Innovationskraft

Wie steht es mit einem zweiten Eckpfeiler unserer Sozialen Marktwirtschaft, nämlich der *eigenen Verantwortung*, der *Innovationskraft* und der *Dynamik des Unternehmers*? Der Staat erschwert die Entfaltung und Durchsetzung dieser Eigenschaften in mannigfacher Art. Solange er uns Vorschriften und Lasten auferlegt, ist er unserer Skepsis gewiss. Gibt er sich aber als Freund und Helfer, tritt er vielleicht sogar als grosszügiger Spender auf, dann werden selbst Unternehmer und ihre Verbände gelegentlich staatsgläubig. Doch sind die Gefahren deswegen nicht minder gross.

Ein klassisches Beispiel ist das zweite *Impulsprogramm*, mit dem der Bund die technologische Entwicklung und Ausbildung mit verschiedenen Massnahmen und immerhin rund 50 Mio Fr. Steuergeldern fördern will. Die Bedeutung der Aufgabe ist unbestritten. Es gilt, Lücken zu schliessen sowie da und dort einen Nachholbedarf zu decken. Zum Teil sind Bund und Kantone selber bzw. ihre Bildungsstätten angesprochen. Zum Teil geht es um die berufliche Weiterbildung sowie um die Erforschung und Anwendung neuer Technologien. Und eben diese Aufgaben müsste doch eigentlich und könnte die Wirtschaft selber wahrnehmen.

Es gibt auch genügend *Ansätze für private Initiative und private Lösungen*, Lösungen zudem, die massgeschneidert

auf die Bedürfnisse der einzelnen Unternehmungen ausgerichtet sind. Stellvertretend für andere Beispiele seien der von der Aargauischen Industrie- und Handelskammer in Verbindung mit der HTL Brugg-Windisch aufgezogene Beratungsdienst und die von den selben Trägern organisierten Kurse erwähnt, die ohne Impulse vom Bund sach- und zeitgerechte Lösungen versprechen. Schade, dass das neue Impulsprogramm des Bundes vielerorts wie Zuckerbrot fast gierig aufgenommen wird. Es fördert nämlich die Karies des freien Unternehmertums.

## Hohe Staatsquote

Schliesslich ist ein dritter Eckpfeiler unserer freiheitlichen Staats- und Wirtschaftsordnung, nämlich das *Eigentum*, verschiedenen Belastungen ausgesetzt. Eine, bei weitem nicht die einzige Gefahr sind die stets drückenderen *Fiskal- und Soziallasten*. Gesamthaft deutet die sogenannte *Staatsquote*, besser noch die *Steuerquote*, darauf hin, dass ein immer grösserer Teil des von der Wirtschaft und damit von uns allen erarbeiteten Kuchens vom Fiskus wegdisponiert und umverteilt wird. Der Staat ist reicher, die Wirtschaft ist ärmer geworden – nicht umgekehrt. Man mag für diese Entwicklung ebenso Verständnis aufbringen wie für die Besteuerung nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Unser schweizerisches Steuersystem

weist sich denn auch über einen sehr sozialen Gehalt aus. Es ist weiter zuzugeben, dass sich die Steuerquote in den letzten paar Jahren zu stabilisieren beginnt. *Ausmass und Tempo der Mehrbelastung wecken indessen Bedenken.* Auch deuten zahlreiche neue Steuerprojekte nicht darauf hin, dass uns eine längere Phase der Steuerruhe bevorstehe. Wir tun deshalb gut, uns daran zu erinnern, dass

- die *gesamte Fiskalbelastung* in der Schweiz zwischen 1965 und 1979 um über 50 % *zugenommen* hat, mehr als beispielsweise in der Bundesrepublik (+18 %), in den USA (+ 18 %) oder im Durchschnitt der OECD-Staaten (+ 32 %);
- die Schweiz damit *Konkurrenzvorteile* gegenüber dem Ausland *eingebüsst* hat, auf die sie im stets härteren internationalen Wettbewerb mehr denn je angewiesen wäre;
- eine als übermässig empfundene Steuerbelastung *Steuerausweichungen begünstigt* und sich weder staatspolitisch noch finanz- und volkswirtschaftlich vorteilhaft auswirkt;
- je reichlicher die Mittel in die Staatskasse fliessen, umso rascher die *Ausgabendisziplin nachlässt*.

Andere Staaten, in denen die Staats- und Steuerquote zugegebenermassen noch höher ist als bei uns, sind wohl kaum Vorbilder, denen nachzueifern sich lohnen dürfte! Es wäre deshalb ratsam,

heute allen Bestrebungen zur weiteren Verschärfung der Steuerbelastung ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen und den Bund zu verpflichten, vorläufig mit den Mitteln auszukommen, über die er rechtmässig verfügt. Das von *Parkinson* formulierte «Gesetz der Verschwendung» bestätigt sich in der Schweiz ebenso wie andernorts: «Ausgaben steigen stets bis an die Grenze der Einnahmen, meistens aber über sie hinaus. Bei Mehreinnahmen wird das Loch im Staats- oder Haushaltsäckel nie kleiner, sondern grösser als zuvor.»

Der Hinweis auf die Systemkritik einerseits, die Beispiele über politische Tendenzen andererseits sollen genügen, um das Spannungsfeld zwischen Staat und Wirtschaft auszuleuchten. *Wer zur Sozialen Marktwirtschaft Ja sagt, der muss oft – und zwar gerade im Interesse und zur Sicherstellung dieses übergeordneten Zieles – auf so und so viele staatliche Aktivitäten mit Nein antworten.* Er muss und darf dem Mythos der staatlichen Machbarkeit und Unfehlbarkeit die private Unternehmerinitiative, die Sozialpartnerschaft und die freiwillige Solidarität als bessere und bewährte Alternativen gegenüberstellen.

Leider sind wir oft in Gefahr, diese Alternativen gering zu achten. Vor allem Politiker aus den eigenen Reihen haben nicht immer den Mut, zu ihrer Überzeugung zu stehen. So erleichtern oder ermöglichen sie überhaupt erst jenen «*Marsch durch die Institutionen*», den andere als ihren Erfolg buchen. Mit jedem

Schritt wächst indessen die Gefahr, dass unsere freiheitliche Staats- und Wirtschaftsordnung allmählich brüchig wird, und es stellt sich die Frage, ob wir überhaupt Chancen haben, die vielen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen.

## Chancen

Nur gerade mit dem Slogan «*Mehr Freiheit – weniger Staat*» würden wir uns die Antwort etwas leicht machen. Wir müssen versuchen, zu präzisieren und zu differenzieren.

## Starker Staat

*Wir wollen und brauchen einen – vor allem in seinen Ordnungsfunktionen – starken Staat*, einen der Freiheit, dem Recht und dem Bürger verpflichteten Staat. Für den politischen Alltag enthält unsere nach wie vor zeitgemässe Bundesverfassung zwei untrügliche Wegweiser. Erstens setzt sie *klare Prioritäten für die Aufgabenerfüllung*. Im Vordergrund stehen die Behauptung der Unabhängigkeit nach aussen, die Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, der Schutz der Freiheit und Rechte der Bürger sowie die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt. Diese zuletzt genannte Zielsetzung erfordert Rahmenbedingungen, eine gut ausgebauten Infrastruktur und eine vom Staat mitgetragene angemessene soziale Sicherheit. Sie setzt aber ebenso ein hohes Mass an Freiheit, Eigenverantwortung, Leistungswillen und Risikobereitschaft

voraus. Werden diese Voraussetzungen bedroht, greift der Staat zu hoch.

Zweitens weist dieselbe Bundesverfassung den Bund in *Schranken*, welche die staatliche Macht begrenzen, Freiheit und Bürgernähe gewährleisten sollen. Es sind dies die Eigenständigkeit der Kantone, der *Föderalismus*, sowie die unmittelbare Mitwirkung des Bürgers an der politischen Willensbildung, die *direkte Demokratie*. Die *Stellung der Kantone* als Bollwerke unseres Bundesstaates hat während Jahrzehnten gelitten. Ansatzpunkte für eine Läuterung und Festigung des durch eine Überdosis an Bundessubventionen geschwächten Föderalismus bietet die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen. Es ist zu hoffen, dass diese Chance genützt werde.

Schwieriger ist auf Bundesebene die *Beachtung und Durchsetzung des Bürgerwillens*. Öffnet sich nicht dann und wann so etwas wie ein Graben zwischen der Mehrheit der Bürger und den in Bern um den Führungsanspruch feilschenden staatlichen Behörden oder schweizerischen Parteiinstanzen? Ein interessantes Stimmungsbild war vor der Abstimmung über die erste Mehrwertsteuervorlage im Jahre 1977 in der «Appenzeller Zeitung» zu lesen:

«Solange der Bund seine mehr als grosszügige Ausgabenwirtschaft dank der Hochkonjunktur durch steigende Einnahmen zu decken vermochte, hat sich der Bürger, der ja vom spendefreudigen Bund in mancher Hinsicht profitieren durfte, wenig um die grundsätzliche Gestaltung dieses Staates geküm-

mert; er liess den Staat nach dem Willen der vier konkordierenden Bundesratsparteien unablässig, und wenn er gefragt wurde, mehrheitlich zustimmend in Richtung sozialer Leistungsstaat wachsen und mit diesem Staat einen entsprechenden Gesetzes- und Verwaltungsapparat. Heute jedoch ist dieser bürgerliche, dieser eher konservative, dieser solide und jeder ideologischen Schwärmerei abholde Schweizer Bürger aufgeschreckt. Was ihm von links als sozialer Leistungsstaat angepriesen und von den eigenen bürgerlichen Fraktionen in der Regel recht mühelos verkauft wurde, will ihm nicht mehr recht gefallen; der soziale Leistungsstaat will sich ihm mehr und mehr als autonom gewordener Verwaltungsstaat entpuppen, der nach dem Parkinson'schen Gesetz immer mehr Geld verschlingt, nicht nur um es umzuverteilen, sondern auch um seinen eigenen Apparat zu unterhalten. So fragt sich denn heute dieser Bürger allen Ernstes, ob er diesen Staat je so gewollt habe, wie er sich ihm heute präsentiert. Und er fragt sich, ob er diesen Staat durch höhere Steuern in seinem unzeitgemässen Wachstumswillen nun auch noch fördern soll.»

Obwohl der Souverän seither wiederholt seinem Willen zu grösserer Zurückhaltung in den staatlichen Aktivitäten Ausdruck gegeben hat, *erstickt das Parlament mehr denn je in «steriler Betriebsamkeit»* (Prof. Eichenberger). Es täuscht Kreativität vor, ohne zu überlegen, ob das Neue, das es schaffen will, auch wirklich nötig, und ob es besser sei als das Bestehende. In «Bern» geben sich Verwaltung, Bundesrat, Parlament und Bundeshauspresse – alle auch äusserlich unter einem Dach – jenem *«lärmig-trägerischen Revisionismus»* (Prof. Eichenberger) hin, der *Politik oft zum Selbstzweck* werden

lässt. Und wenn der Bürger dann «nein» sagt, beklagt man sich über die angebliche Unregierbarkeit dieses Landes! Wir Parlamentarier – und nicht nur wir – sind zuviel in Bern, und viele von uns sind zu gern in Bern. Anstatt unsere Eigenständigkeit als Legislative und als Volksvertreter zu behaupten, strampeln wir in den Fangarmen von Bundesrat und Verwaltung. Weniger parlamentarische Hektik wäre mehr, weil bürgernäher!

### Starke Wirtschaft

*Wir wollen und wir brauchen eine starke Wirtschaft.* Von ihr hängt es letztlich ab, ob die freiwillige und die vom Staat mitgetragene Solidarität, ob die von der Bundesverfassung zu Recht postulierte gemeinsame Wohlfahrt Bestand hat. Wichtig sind deshalb die *«Rückbesinnung auf die private Unternehmerinitiative»* (wie es an einem Davoser Management-Symposium genannt worden ist), *echte Sozialpartnerschaft* sowie eine *eigentliche Renaissance der Gewinne*. Die Gewinne – nicht die Staatskassen – leiden in den letzten Jahren an Schwindsucht. Und doch sind sie für eine leistungsfähige Wirtschaft und die Erfüllung unserer sozialen Verpflichtungen gleichermassen unerlässlich.

*Ernest Mandel*, ein sozialistischer Ideologe, weiss, weshalb er *«sinkende Profitraten als eine wesentliche Voraussetzung sozialistischer Umgestaltung»* bezeichnet. Ohne Gewinne sind Inno-

tionen und Investitionen, sind Forschung und Entwicklung, sind Arbeitsplätze, materieller Wohlstand und soziale Sicherheit im Eimer. Der Unternehmer hat wirklich keinen Grund, sich zu schämen, wenn er Gewinne erarbeitet. Schämen muss er sich eher, wenn Gewinne ausbleiben, oder wenn er Gewinne nicht verantwortungsbewusst einsetzt. Der Staat sollte deshalb alles unterlassen, was die Konsolidierung und die Wiedererstarkung unserer Unternehmungen erschwert.

### **Verantwortung und Mass**

Das soeben skizzierte Staats- und Wirtschaftsverständnis setzt nun allerdings eine bestimmte persönliche Grundhaltung jedes in Staat und Wirtschaft engagierten Bürgers voraus. Zwei Merkmale sind wichtig. Entscheidend ist zunächst der überzeugte Wille zur *eigenen, nicht zu der vom Staat verschriebenen Verantwortung gegenüber sich selber und seinen Mitmenschen*. In diesem Willen wurzeln letztlich Leistung und Erfolg einerseits, Solidarität und Sozialpartnerschaft andererseits. Natürlich droht immer wieder einmal die Gefahr von Rücksichtslosigkeit, Missbräuchen und Versagen.

Wir kennen solche «Fälle» jedoch nicht nur bei Managern. Sie machen auch staatlichen, gewerkschaftlichen, ja sogar kirchlichen und wohltätigen Institutionen zu schaffen, gar nicht zu reden von Ausbeutung und Korruption in Ländern, die sich brüsten, den sogenannten Kapitalis-

mus durch eine «gerechte» Ordnung überwunden zu haben. Ausrutscher dieser oder jener Art dürfen deshalb nicht zum Kurzschluss verleiten, den Bürger zum vornherein als unmündig und hilfsbedürftig zu deklarieren, die Manager schlechthin als Ausbeuter abzustempeln und gleichzeitig staatlichen Instanzen vorbehaltlos zu attestieren, sie wüssten und täten selbstlos alles, was im sogenannten Gesamtinteresse liege, was gerecht und erst noch ökonomisch vernünftig sei.

Das zweite Merkmal hat *Jeanne Hersch* als eine «*Haltung der Begrenzung*» charakterisiert. Sie wollte damit andeuten, dass es heute und in Zukunft wieder vermehrt darum gehen muss, Grenzen verschiedenster Art zu beachten. Die wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven, *die Grenzen des Wachstums* und der Produktivitätssteigerungen setzen zwingend auch den Ansprüchen und dem sozialen Fortschritt engere Grenzen als in der Vergangenheit. Recht auf automatischen Teuerungsausgleich, auf Arbeitszeitverkürzungen bei unveränderten oder sogar höheren Reallöhnen und dann erst noch Recht auf Arbeit sind ganz einfach des Guten zuviel. *Mass und Bescheidenheit* haben deshalb vorläufig absolute Priorität.

Nur diese Haltung der Begrenzung wird *die staatlichen Organe* (Beamte, Regierungen, Parlamente) dazu bringen, ihre «sterile Betriebsamkeit» aufzugeben, das Ausgabenwachstum zu verfla-

chen und die unerlässliche Phase der Steuerruhe durchzuhalten. Nur aus dieser Haltung der Begrenzung heraus werden *die Arbeitnehmer* mit übersetzten Forderungen zurückhalten und damit einen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung leisten. Nur diese Haltung der Begrenzung wird die *Wirtschaftsführer* davon überzeugen, dass innere Stärke auch für ihr Unternehmen wichtiger sein kann als äussere Grösse. Und schliesslich wird nur diese Haltung der Begrenzung in Staat und Wirtschaft jene überschaubare «*Kleinwelt*» wieder aufwerten, die sich dadurch auszeichnet, «dass sie Bestand hat und nicht irre geworden ist an bestimmten Wertmasstäben» (*Prof. von Salis*). Diese Kleinwelt sind Gemeinden und Kantone; und diese Kleinwelt sind die vielen Klein- und Mittelbetriebe in der Landwirtschaft, in Industrie und Gewerbe sowie im Dienstleistungssektor. Hier findet der Mensch bessere Voraussetzungen für Geborgenheit, Selbständigkeit und Selbstsicherheit. *Der Kleinstaat Schweiz braucht weder einem Minderwertigkeitskomplex zu erliegen noch internationalem Grössenwahn zu verfallen.*

Hüten wird uns deshalb als Unternehmer und Politiker davor, einer oft trügerischen Philosophie sogenannter Vorwärts-Strategien zu huldigen, Kreativität mit Fortentwicklung um jeden Preis gleichzusetzen, Konsolidierung als Erstarrung abzutun und jenen, der mit Priorität sein eigenes Haus in Ordnung halten will, als kleinkariert zu belächeln.

## Schlussbemerkungen

Es ist seit einigen Jahren Mode geworden, jeden, der nicht zu allem Beifall klatscht, was Bundesrat und Parlament auftischen, als *Demonteur abzustempeln*. In der Standortbestimmung, wie sie hier versucht wurde, dominiert ganz eindeutig das Ja zu unserem freiheitlich-demokratischen Bundesstaat mit der Sozialen Marktwirtschaft. Das Nein wendet sich gegen Tendenzen, welche

- die Eckpfeiler dieser Staats- und Wirtschaftsordnung unterspülen;
- Staat und Wirtschaft überfordern und damit
- Illusionen verschiedenster Art wecken, denen früher oder später ein jähes Erwachen folgen muss.

Das Nein braucht somit weder Abbau noch Staatsverketzerung zu bedeuten. Es dient vielmehr der Läuterung und der Festigung unserer Staats- und Wirtschaftsordnung.

*Edmund Burke* hat in seinen Betrachtungen zur französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts folgendes gesagt:

«Es gehört nicht viel Witz dazu, um zu regieren. Man bestimme den Sitz der Macht im Staat, lehre Unterordnung, und die Arbeit ist getan. Freiheit zu gewähren, ist noch leichter. Leitung ist nicht nötig, man braucht nur die Zügel frei zu geben. Aber eine freie Regierung zu bilden, d. h. die entgegengesetzten Elemente der Freiheit und der Bindung zu einem zusammenhängenden Ganzen zu verschmelzen, erfordert viel Einsicht, tiefes Nachdenken und einen scharfsichtigen, kraftvollen und umfassenden Geist.»

Diese Einsicht, dieses Nachdenken und diesen Geist können wir auch am Ende des 20. Jahrhunderts noch sehr wohl gebrauchen.

